

Bundesministerium der Finanzen  
Herrn Minister Peer Steinbrück  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

Hauptgeschäftsstelle  
Günterstalstr. 78 • 79100 Freiburg

Postanschrift:  
Postfach 1706 • 79017 Freiburg  
Telefon (07 61) 7 34 00  
Telefax (07 61) 70 09 63

Weitere Geschäftsstellen:  
Lichtentaler Str. 43 • 76530 Baden-Baden  
Telefon (0 72 21) 2 34 45  
Telefax (0 72 21) 2 88 48

Petershauser Str. 32 • 78467 Konstanz  
Telefon (0 75 31) 2 26 78  
Telefax (0 75 31) 1 65 10

[www.dehoga-schwarzwald-bodensee.de](http://www.dehoga-schwarzwald-bodensee.de)

Konstanz, 30. März 2009

## OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Minister Steinbrück,

Sie haben in unserer Region aufgrund Ihrer diffamierenden Äußerungen gegenüber unserem Nachbarstaat Schweiz großen wirtschaftlichen und damit auch steuerlichen Schaden angerichtet.

Um Missverständnisse zu vermeiden:

Es ist völlig selbstverständlich, dass Sie als Finanzminister Steuerehrlichkeit und Steuerkorrektheit verlangen können. Aber die Schweiz als langjährigen, stabilen, befreundeten Staat in die Nähe eines "Schurkenstaates" zu rücken, ist eine politische Entgleisung. (Immerhin hat sich die Schweiz auch bereit erklärt - genauso wie Österreich und Luxemburg - eine EU-Zinssteuer dem deutschen Fiskus zu überweisen, wobei zu erwähnen ist, dass diese sogenannte Zinsabschlagsteuer im Jahre 2011 um 10 Prozentpunkte höher liegt, als die in der Bundesrepublik geltende Zinsabschlagsteuer von 25%.)

Eine solche Hetztirade gegen einen für die deutsche Wirtschaft wichtigen Nachbarstaat ist umso unverständlicher wenn man bedenkt, dass deutsche Politiker in "echte Schurkenstaaten" reisen, um wirtschaftliche Interessen zu vertreten und dabei mit ihrer Kritik an Menschenrechten und sonstigen Missständen sehr zurückhaltend sind.

Umso mehr hätte man von Ihnen erwarten können, dass Sie im Hinblick auf einen verlässlichen und wichtigen Nachbarstaat diplomatischere Worte hätten wählen können.

Einen soliden und sehr demokratischen Staat - von dem die europäischen Nachbarländer noch einiges in Sachen Demokratie lernen könnten - in Richtung eines Wildwest-Staates zu rücken, ist mehr als geschmacklos. Dies ist auch deshalb befremdlich, weil im umgekehrten Fall – z. B. wenn Schweizer Geld in Deutschland anlegen – hierzu keine moralisierenden und diffamierenden Äußerungen fallen.

Sehr geehrter Herr Steinbrück, Sie sollten sich bei den Schweizer Bürgern für Ihr Auftreten entschuldigen, damit die Schweiz nicht genauso übertrieben reagiert, wie Sie dies mit Ihrer Wortwahl gemacht haben. Dazu müssten Sie im fernen Berlin wissen, dass ein großer Teil der Umsätze in der deutschen Grenzregion zur Schweiz von Schweizer Bürgern generiert wird. Aufgrund der hohen Identität der Schweizer zu ihrem Staat, von der deutsche Politiker nur träumen können, ist zu befürchten, dass künftig weniger Schweizer das deutsche Grenzgebiet besuchen werden, weil sie durch Sie den Eindruck gewinnen müssen, als Gäste in Deutschland unerwünscht zu sein.

Wenn dies das Ergebnis Ihrer Tiraden gegen die Schweiz sein sollte, so haben Sie sich als Finanzminister durch diese Äußerungen selbst in Frage gestellt, weil Sie damit die Umsatzrückgänge in der Grenzregion zu verantworten haben, die schließlich auch zu weniger Steuereinnahmen führen.

Statt die heimische Tourismuswirtschaft zu fördern und unserer Branche endlich den reduzierten Mehrwertsteuersatz zu gewähren, haben Sie uns durch Ihr Verhalten weiteren Schaden zugefügt.

Wie erklären Sie den 240.000 Hoteliers und Gastronomen, dass die heutige Mehrwertsteuerbelastung von 19% gerecht ist? Beigefügte Rechenbeispiele belegen eindrucksvoll die massive Benachteiligung unserer Branche. Damit muss jetzt Schluss sein.

Wie rechtfertigen Sie diese unglaubliche Privilegierung der Automobilwirtschaft? Im Gastgewerbe sind eine Million Menschen beschäftigt, fast 110.000 junge Menschen absolvieren zur Zeit eine Ausbildung in unseren Betrieben, 240.000 mittelständische Unternehmer stehen zum Tourismusstandort Deutschland und erwarten von Ihnen nur Gleichbehandlung!

Seite Seite 3 von 3 – Schreiben vom 30. März 2009

7 Prozent für Hotellerie und Gastronomie sind eine wert- und nachhaltige Investition und definitiv keine Subvention.

Wir fordern Sie auf, sich jetzt endlich diesen Fragen zu stellen!

Sehr geehrter Herr Minister Steinbrück, in Erwartung Ihrer geschätzten Rückäußerung verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'DW' with a long horizontal stroke extending to the right.

Dieter Wäschle  
Präsident des  
DEHOGA Schwarzwald-Bodensee e.V.